



N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 17/2003-2008
am 07.02.2005 im Raum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.45 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Rolf Schulz
Ausschussmitglied	Karin Honerlah
”	Henning Jungclaus
stellv. Ausschussmitglied	Edda Lessing (f. AM. Klaus Kasch)
Ausschussmitglied	Volker Mohr
”	Horst Ostwald
”	Alexander Rahl
”	Siegfried Ramcke
”	Frank Rauen
”	Hans-Joachim Rösel
”	Johann Schümann

seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast
	Angela Klimpel
	Petra Hafemeister
	Volker Duda
	Antje Stüwer als Protokollführerin

entschuldigt fehlt: Ausschussmitglied Klaus Kasch

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, begrüßt die Damen und Herren des Umwelt- und Planungsausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sowie die erschienenen Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Schulz informiert vorab darüber, dass ein Antrag der Kinder- und Jugendvertretung vorliegt, in dem darum gebeten wird, die Errichtung einer Notrufsäule am Skaterplatz zu beschließen. Der Vorsitzende der Kinder- und Jugendvertretung, Jacek Kasperek, erläutert kurz, warum dies für notwendig erachtet wird. Der Antrag ist dieser Niederschrift beigelegt.



Des Weiteren weist Herr Schulz darauf hin, dass der unter **Tagesordnungspunkt 16** „**Patenschaftskonzept für Grünflächenpflege**“ gestellte Antrag der CDU-Fraktion zurückgezogen wird. Bedenken hiergegen werden nicht erhoben. Somit ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 16/2003-2008 am 10.01.2005**
3. **Berichtswesen**
4. **Bebauungsplan Nr. 47 „Westlich Hamburger Straße“, 1. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
5. **Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“, 1. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
6. **Bebauungsplan Nr. 69 „Nördlich Alter Postweg“, 1. Änderung**
 - Aufstellungsbeschluss -
7. **Bebauungsplan Nr. 94 „Götzberg“, 1. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
8. **Bebauungsplan Nr. 106 „Gewerbegebiet Kirchweg Nord“, 2. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
9. **Bebauungsplan Nr. 107 „Westlich Große Lohe“, 1. Änderung**
 - Beratung über die Ausweisung der Bebauung mit Doppelhäusern
10. **Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“, 1. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
11. **1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“**
 - erneute öffentliche Auslegung
 - Beratungen über die eingegangenen Anregungen
 - Abschließender Beschluss -
12. **Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“**
 - Beratung über die weitere Vorgehensweise -



13. **Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, 3. Änderung**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Abschließender Beschluss -
14. **Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, 10. Änderung**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Abschließender Beschluss -
15. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
- werden in der Sitzung vorgetragen -
16. **Unterrichtungen / Anfragen**
17. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Horst, wohnhaft im Schäferkampsweg 15, bemerkt, dass seit der Einführung der Maut-Gebühr mehr Lkws die Norderstedter Straße befahren. Er möchte wissen, ob die Verwaltung dieses ebenfalls festgestellt hat. Gleichzeitig fragt er, ob es die Möglichkeit gibt, dieses vermehrte Verkehrsaufkommen zu beobachten oder gegebenenfalls eine 16-Tonnen-Begrenzung für die Norderstedter Straße bzw. auch für die Umgebung des Ortsteils Henstedt festzulegen.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass nach seiner Einschätzung ein erhöhtes Lkw-Verkehrsaufkommen seitens der Gemeinde nicht zu erkennen ist. Er weist darauf hin, dass verkehrlenkende Maßnahmen schwer durchsetzbar sind, da hierfür der Kreis (für die Norderstedter Straße) und das Land (für die Hamburger Straße) zuständig sind. Er sichert jedoch eine Beobachtung und gegebenenfalls eine Verkehrszählung zu.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:
„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 16/2003-2008 am 10.01.2005“

Frau Honerlah bittet darum, die Niederschrift rechtzeitig zu versenden.

Bürgermeister Dornquast sichert die rechtzeitige Versendung der Niederschrift zu.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:
„Berichtswesen“

Zum Berichtswesen Nr. 4/01/2005 „Verfahrensstände der B-Pläne und Änderungsverfahren“.



Zum Bebauungsplan Nr. 74 „Bahnhof“, 1. Änderung, möchte Frau Honerlah wissen, warum dort ein Altlastverdacht geprüft werden muss.

Herr Duda erläutert, dass der Verdacht auf eine Chromverschmutzung im Boden durch die ehemalige betriebliche Nutzung eine entsprechende Überprüfung erforderlich macht.

Zum Berichtswesen Nr. 4/06/2005 „Planungs- und Bauzustände im Tiefbau“

Zum Projekt unter Ziff. 2 „Gehweg entlang der Straße Beckershof“ möchte Frau Honerlah wissen, ob es sich hierbei um den Bürgersteig vom Galgenweg bis zum Container des Waldkindergartens handelt. Sie fragt nach, wann der Gehweg auf der anderen Seite des Bahnüberganges hergestellt werden soll.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dieser Gehweg gemeint ist. Die Herstellung eines weiteren Gehsteigs ist zurzeit nicht geplant.

Zum Berichtswesen Nr. 4/02/2005 „Gemeindliches Einvernehmen gem. § 36“

Herr Schümann möchte wissen, ob die Bauvoranfrage zum Neubau von vier Doppelhäusern im Bereich Beckershof die weitere Planung hinsichtlich des Strukturplanes und des Flächennutzungsplanes behindern wird.

Herr Duda verneint dieses.

Herr Schümann fragt weiter, ob nach dem durchgeführten Abbruch des Altbestandes auf dem Grundstück An der Pinnau/Hamburger Straße 131 auch ein Neubauvorhaben geplant ist.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass dort eine Neubebauung vorgesehen ist. Für den Abbruch ist jedoch ein gesondertes Antragsverfahren erforderlich.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 47 „Westlich Hamburger Straße“, 1. Änderung“

- **Beratung über die eingegangenen Anregungen -**
- **Satzungsbeschluss -**

Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 „Westlich Hamburger Straße (Hofstelle Riecken)“ gemäß der Vorlage zu fassen.**

Beschlussfassung: **einstimmig**



Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“, 1. Änderung“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen -

- Satzungsbeschluss -

Herr Schümann möchte wissen, wie es rechtlich zu vereinbaren ist, dass mehr Stellplätze als Wohneinheiten ausgewiesen sind. Er fragt nach, ob nicht ein Stellplatz pro Wohneinheit ausreichend ist.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass im Bebauungsplan nur ein Stellplatz pro Wohneinheit vorgesehen werden darf. Auf Grund der anzunehmenden Stellplatzsituation in diesem Bereich schlägt die Verwaltung jedoch vor, im Rahmen eines privat-rechtlichen Vertrages 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit zu vereinbaren.

Herr Ostwald möchte wissen, ob 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit ausreichend sind.

Herr Duda erklärt, dass sechs öffentliche Parkplätze im Bebauungsplan ausgewiesen sind. Die Beurteilung, ob diese ausreichen, kann aufgrund der unklaren künftigen Nutzung und der Lage der Zufahrten noch nicht abgeschätzt werden.

Frau Honerlah fragt, ob bei einer Doppelhausbebauung zwei Stellplätze auf dem Grundstück sichergestellt werden können.

Nachdem Herr Duda dieses bejaht hat, regt Frau Honerlah an, die Zahl der Stellplätze im Rahmen des privat-rechtlichen Vertrages auf zwei Stellplätze pro Wohneinheit zu erhöhen.

Bürgermeister Dornquast schlägt vor, den entsprechenden Passus im privat-rechtlichen Vertrag durch die Formulierung „mindestens 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit“ anzupassen. Gleichzeitig soll bei Abschluss dieses Vertrages auf die Art der Wohnbebauung geachtet und ein entsprechender Vorschlag im Umwelt- und Planungsausschuss zu gegebener Zeit beraten werden. Die im Ausschuss bisher geäußerten Bedenken werden berücksichtigt.

Weitere Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“ gemäß der Vorlage zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Umwelt- und Planungsausschuss vor der Festsetzung der Stellplatzregelung im privat-rechtlichen Vertrag erneut zu beteiligen.

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 69 „Nördlich Alter Postweg“, 1. Änderung“
- Aufstellungsbeschluss -**

Bürgermeister Dornquast informiert über die Erforderlichkeit der Änderung des Bebauungsplanes.

Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69 „Nördlich Alter Postweg“ zu fassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 94 „Götzberg“, 1. Änderung“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -**

Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94 „Götzberg“ gemäß der Vorlage zu fassen.

Beschlussfassung: 8 Stimmen dafür (CDU- und WHU-Fraktion, Herr Rösel)
3 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 106 „Gewerbegebiet Kirchweg Nord“, 2. Änderung“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -**

Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 106 „Gewerbegebiet Kirchweg Nord“ gemäß der Vorlage zu fassen.



Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 107 „Westlich Große Lohe“, 1. Änderung“
- Beratung über die Ausweisung der Bebauung mit Doppelhäusern -**

Bürgermeister Dornquast erläutert anhand der Planzeichnung, wo eine Doppelhausbebauung ausgewiesen werden soll. Er weist darauf hin, dass hierdurch zusätzliche 16 Wohneinheiten entstehen werden.

Herr Schulz möchte wissen, auf welche gestalterischen Festsetzungen gemäß Beschlussvorschlag verzichtet werden soll.

Herr Duda erklärt, dass es sich vornehmlich um die Dachneigung und die Farben des Verblendmauerwerks handeln würde.

Herr Schulz möchte weiter wissen, ob die Festsetzungen der First- und Traufhöhe weiterhin bestehen bleiben. Diese Frage wird bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Herr Ostwald vergewissert sich, dass es sich bei der Beratung über die Doppelhausbebauung noch nicht um einen Verfahrensschritt zur Aufstellung des Bauleitplanes handelt. Er möchte wissen, ob über den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses beraten wird.

Nachdem Bürgermeister Dornquast dieses bejaht hat, erklärt Herr Ostwald, dass die SPD-Fraktion unter diesen Umständen dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass im Zuge der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 107 „Westlich Große Lohe“ für die Baufelder 15 bis 28 und 44 und 45, Doppelhäuser ausgewiesen werden. Auf die Festsetzung von gestalterischen Merkmalen der Gebäude wird verzichtet.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“, 1. Änderung“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -**

Frau Lessing erklärt sich für befangen und verlässt für die Tagesordnungspunkte 10 und 11 den Sitzungsraum.



Herr Ostwald weist erneut auf die ablehnenden Stellungnahmen - insbesondere des NABU - hin. Nach seiner Auffassung hat zu keiner Zeit ein Planungserfordernis für diese Änderung bestanden, was durch die vorliegenden Anregungen erneut belegt wird. Da es entsprechend dieser Anregungen keine städtebauliche Grundlage für diese Änderung gibt, lehnt die SPD-Fraktion die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“, 1. Änderung, weiterhin ab.

Frau Honerlah erklärt, dass auch die WHU-Fraktion die Aufstellung des Bebauungsplanes weiterhin ablehnen wird, da der Eingriff für vermeidbar gehalten wird und die Jugendarbeit auch mit den bestehenden Haushaltsmitteln gut bestreitbar ist.

Weitere Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 1. Änderung, zu fassen.**

Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion und Herr Rösel)**
3 Stimmen dagegen (SPD- und WHU-Fraktion)

Frau Lessing (SPD) hat an der Beratung und der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

„1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“

- erneute öffentliche Auslegung -
- Beratungen über die eingegangenen Anregungen -
- Abschließender Beschluss -

Auf die zum Tagesordnungspunkt Nr. 10 vorgebrachten Anmerkungen der SPD- und WHU-Fraktion wird verwiesen. Weitere Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den abschließenden Beschluss für die 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“, 1. Änderung, für das Gebiet östlich des Bebauungsplanes Nr. 33 „Tannenweg“ - südlich Wilstedter Straße - westlich Heidelweg - nördlich der Schleswig-Holstein-Straße L 284) und den Erläuterungsbericht dazu, zu fassen.**



**Beschlussfassung: 7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion und Herr Rösel)
3 Stimmen dagegen (SPD- und WHU-Fraktion)**

Frau Lessing (SPD) hat an der Beratung und der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

Herr Schulz bittet Frau Lessing wieder in den Sitzungsraum und teilt das Ergebnis der Abstimmungen mit.

**Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
„Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“
- Beratung über die weitere Vorgehensweise -**

Herr Ostwald bemerkt, dass an diesem Bebauungsplan sehr lange gearbeitet wurde und das Verfahren hierzu deshalb auch zum Abschluss gebracht werden sollte. Es besteht kein Anlass, aufgrund der durchgeführten Unterschriftenaktion von dieser Sachlage abzuweichen. Die SPD-Fraktion wird der Gemeindevertretung daher erneut empfehlen, den Satzungsbeschluss zu fassen.

Herr Schulz erklärt, dass die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen ist, dass in dem zu überplanenden Gebiet über viele Jahre lang keine bodenrechtlichen Spannungen entstanden sind bzw. sich verfestigt haben. Bauvorhaben in diesem Gebiet sollten weiterhin nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) beurteilt werden können. Es wird daher von der CDU-Fraktion vorgeschlagen, das Bebauungsplanverfahren einzustellen.

Herr Ostwald möchte wissen, was sich seit der letzten Abstimmung für die CDU-Fraktion geändert hat, außer, dass eine Unterschriftenaktion durchgeführt wurde.

Herr Schulz weist darauf hin, dass es sich bei Bürgergesprächen ergeben hat, dass diese zwar mit einem Bebauungsplan „leben“ könnten, davon aber nicht begeistert seien.

Frau Honerlah fragt nach, wie mit dem Interesse der Bürger an der weiteren Unbebaubarkeit bestimmter hinterer Grundstücksbereiche umgegangen werden soll.

Herr Schulz antwortet, dass dies der Kreis Segeberg als Untere Bauaufsichtsbehörde im Rahmen des § 34 BauGB regeln wird.

Weitere Fragen ergeben sich nicht. Herr Schulz stellt die Vorschläge der Verwaltung zur Abstimmung:

Der Vorschlag zu Ziffer a)

„Der Gemeindevertretung wird empfohlen, den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 116 `Südlich Rhinkatenweg´ zu fassen.“

wird mit 4 Stimmen dafür (SPD- und WHU-Fraktion)

und

7 Stimmen dagegen (CDU-Fraktion und Herr Rösel)



abgelehnt.

Der Vorschlag zu Ziffer b)

„Das Plangebiet zum Bebauungsplan Nr. 116 `Südlich Rhinkatenweg´ soll erweitert oder verkleinert werden.“

wird einstimmig abgelehnt.

Damit wird der Vorschlag zu Ziffer c)

„Das Verfahren für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 116 `Südlich Rhinkatenweg´ soll eingestellt werden.“

mit 7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion und Herr Rösel)

und

4 Stimmen dagegen (SPD- und WHU-Fraktion)

beschlossen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

„Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, 3. Änderung“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen -

- Abschließender Beschluss -

Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den abschließenden Beschluss über die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zu fassen.

Beschlussfassung:

8 Stimmen dafür (WHU- und CDU-Fraktion, Herr Rösel)

3 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

„Flächennutzungsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, 10. Änderung“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen -

- Abschließender Beschluss -

Fragen hierzu ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den abschließenden Beschluss über die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde



Henstedt-Ulzburg (Tierheim / Schlichtwohnungen) zu fassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“

a) Hamburger Straße 102 – Errichtung eines Holzhauses im hinteren Grundstücksbereich (Bauvoranfrage)

Für die Errichtung eines Holzhauses ist eine Befreiung von der gestalterischen Festsetzung über die Außenfassade sowie eine Befreiung von der Dachneigung erforderlich.

Das Einvernehmen zu beiden Befreiungen wird erteilt.

b) Götzberger Straße – Errichtung eines Einfamilienhauses (Befreiungsantrag)

Beantragt wird die Befreiung von den gestalterischen Festsetzungen, der Farbe der Außenfassade sowie der Dachpfannenfarbe. Geplant ist weißes Sichtmauerwerk und ein dunkelgrüner Farbton für die Dachpfannen.

Zu beiden Tatbeständen wird das Einvernehmen erteilt.

c) Schulstraße – Errichtung einer Seniorenwohnanlage (Befreiungsantrag)

Beantragt wird eine Befreiung von der Zweigeschossigkeit. Aufgrund der besseren Wirtschaftlichkeit der Wohnanlage wird eine Dreigeschossigkeit angestrebt.

Nachbarliche Interessen der südlich gelegenen Grundstücke werden nicht negativ beeinträchtigt, da sich die Anlage im Norden dieser Grundstücke befindet.

Dem Antrag wird mit drei Gegenstimmen (SPD) zugestimmt.

d) Königsberger Straße 6 – Errichtung einer Hinterbebauung (Bauvoranfrage)

Der Umwelt- und Planungsausschuss hat das Einvernehmen zu dieser Anfrage in der Sitzung am 10.01.2005 versagt, weil im hinteren Grundstücksbereich eine zweite Baureihe eröffnet wird, die bodenrechtliche Spannungen entstehen lässt bzw. diese verfestigt.

Der Kreis Segeberg hat nach Eingang der entsprechenden gemeindlichen Stellungnahme mitgeteilt, dass die zweite Baureihe kein Einfügekriterium darstellt und sich das Bauvorhaben hinsichtlich der GRZ in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Das Vorhaben wird von dort als zulässig erachtet.

Trotz der Empfehlung der Verwaltung, dem Vorhaben zuzustimmen, wird der An-



trag erneut einstimmig abgelehnt.

e) Am Wöddel – Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 22 Wohneinheiten (Befreiungsantrag)

Beantragt wird die Befreiung von der festgesetzten Zweigeschossigkeit. Geplant ist eine Dreigeschossigkeit mit einer Firsthöhe von 17 m und einer Traufhöhe von 9 m. Das Einvernehmen hierzu wird versagt, da sich eine Befreiung von der Geschossigkeit erheblich auf die Festsetzungen der First- und Traufhöhe, die als Grundzug der Planung angesehen werden, auswirkt.

f) Schäferkampsweg 6 – Errichtung von drei Doppelhäusern (Befreiungsantrag)

Auf dem vorderen Grundstück sollen eine Birke und drei weitere Laubbäume gefällt werden, da zu erwarten ist, dass deren Kronenbereich während der Bauphase in Mitleidenschaft gezogen wird. Ein Ausgleich ist vorgesehen.

Auf dem mittleren Grundstück stehen fünf Tannen, von denen drei gefällt werden sollen, da sie in der Grundfläche der neuen Bebauung stehen. Auch hier wird eine Ausgleichspflanzung an anderer Stelle vorgesehen.

Die Verwaltung hat empfohlen, weder eine Befreiung zu den Laubbäumen noch zu den Tannen zu erteilen.

Der Umwelt- und Planungsausschuss erteilt die Befreiung für die Tannen und die im vorderen Grundstücksbereich stehende Birke. Die anderen Laubbäume (Eichen) sollen erhalten bleiben.

g) Bergstraße – Errichtung eines Reihenhauses mit vier Häusern (Bauvoranfrage)

Das Vorhaben fügt sich in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Das Einvernehmen wird erteilt.

h) Hohenbergen 43 – Nutzungsänderung und An- sowie Umbau eines Einzelhauses (Bauvoranfrage)

Geplant ist, die Grenzgarage in Wohnraum umzunutzen sowie diese aufzustocken. Im Dachgeschoss soll die Wohnraumaufteilung neu erfolgen. Die Familie erwartet Drillinge. Die Nachbarin hat der Umnutzung und der Aufstockung der Garage zugestimmt. Ein Umzug bzw. eine Neuanschaffung kommt aus finanziellen Gründen nicht in Betracht.

Der Ausschuss erteilt das Einvernehmen trotz der bestehenden Problematik bei der Wohnbebauung auf der Grenze.



Zu Punkt 16 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

a) Antrag auf Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L75) - Hamburger Straße (L326)“

Beantragt wird die Ausweisung einer nordwestlich der Usedomer Straße belegenen Fläche als Bauland. Hierzu bedarf es einer Änderung des Flächennutzungsplanes sowie einer Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L75) - Hamburger Straße (L326)“

Die Mitglieder des Umwelt- und Planungsausschusses sind mit einer Gegenstimme (WHU-Fraktion) grundsätzlich mit diesen Änderungsanträgen einverstanden.

b) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 „Olivastraße“

Geplant ist die Errichtung von zwei Reihenhäuseranlagen mit insgesamt ca. 16 Wohneinheiten. Es geht um die Änderung bzw. Aufhebung der Festsetzung als Einzelhaus.

Der Umwelt- und Planungsausschuss stimmt einer Änderung des Bebauungsplanes grundsätzlich zu. Über Detailfragen wird im Laufe des Planverfahrens beraten.

c) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Ulzburg – Kirchweg/Gutenbergstraße“

Geplant ist die Nutzungsänderung des Toom-Baumarktes in einen Unterhaltungselektronikmarkt. Hierzu sind die Änderung des Bebauungsplanes sowie des Flächennutzungsplanes erforderlich.

Herr Schulz fragt nach, ob ein Sondergebiet ausgewiesen werden müsste.

Herr Duda antwortet, dass eine Sondergebietsausweisung für Elektronik mit Sortimentsbeschreibung erforderlich ist.

Herr Ostwald bemerkt, dass ein derartiges Sondergebiet südlich der Gutenbergstraße bereits besteht.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

d) Saubere Landschaft 2005

Bürgermeister Dornquast informiert darüber, dass die Aktion „Saubere Landschaft 2005“ am Samstag, dem 12.03.2005, stattfinden wird. Mitwirken werden u.a. ortsansässige Landwirte, die Evangelische Pfadfinderschaft Sankt Johannes aus Henstedt, der Anglerverein „Karpfen“ e.V., die Vertreter des Kinder- und Jugendvertretung, die Feuerwehr Henstedt-Ulzburg, der Jagdverein Ulzburg, das Deutsche Rote Kreuz und die Junge Union. Treffpunkt ist an diesem Tag um 9.30 Uhr in der Zentralen Feuerwache.



e) Rücktritt des Ortsbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege

Bürgermeister Dornquast informiert über den Rücktritt von Herrn Schäfer vom Amt des Ortsbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege im Januar 2005. Seitens der Verwaltung ist das Verfahren zur Bestellung eines neuen Ortsbeauftragten eingeleitet worden. Bürgermeister Dornquast bittet um entsprechende Vorschläge zur Besetzung dieses Ehrenamtes.

f) Fällen eines Baumes im Wohldweg

Bürgermeister Dornquast unterrichtet vom Fällen einer Weide im Wohldweg. Diese war nicht mehr zu erhalten. Knickpflagemassnahmen wurden nicht durchgeführt.

g) Parkplatzsituation in der Straße Am Lindenhof

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass das Parken an der Einfahrt in die Straße Am Lindenhof von der Hamburger Straße aus auf der rechten Seite nicht zulässig ist. Ein entsprechendes Schild zur Klarstellung ist aufgestellt worden.

h) Prüfung der Abstände zwischen Wegesperren

Am 18.10.2004 wurde in der Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner des Umwelt- und Planungsausschusses die Überprüfung der Abstände zwischen bestimmten Wegesperren erbeten. Diese Überprüfung ist nunmehr erfolgt und zeigt, dass die Abstände zwischen 1,40 m und 1,60 m betragen. Das Mindestmaß liegt bei 1,20 m.

Bürgermeister Dornquast bittet um Mitteilung, wenn bestimmte Wegesperren entdeckt werden, die dieses Mindestmaß unterschreiten.

i) 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Tangstedt

Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Hauptstraße“ der Gemeinde Tangstedt

Bebauungsplan Nr. 17 „Dorfring“ der Gemeinde Tangstedt

Bürgermeister Dornquast informiert über die Beteiligung der Gemeinde in diesen Verfahren. Die Belange der Gemeinde werden nicht berührt. Es werden keine Anregungen vorgebracht.

j) Wanderwegesperren an der EBO-Trasse

Herr Ramcke weist darauf hin, dass die Wanderwegesperren an der EBO-Trasse aus Metall hergestellt sind und schon stark zu rosten anfangen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dieses Material aufgrund der besseren Haltbarkeit gewählt wurde. Die Wegesperren werden auf Roststellen kontrolliert.



k) Straßensanierung

Herr Ramcke weist weiter darauf hin, dass in einigen Straßen (u.a. auch vor seinem Haus) trotz der erfolgten Straßensanierung neue Risse vorhanden sind.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass geprüft wurde, wo und für welche Maßnahmen die im Haushalt bereit stehenden Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden können. Die entsprechenden Sanierungsmaßnahmen sind u.a. auch für Bereiche im Gewerbegebiet in Auftrag gegeben worden. Die Sanierung dieser Risse soll eigentlich fünf Jahre halten, hängt aber auch ab von der Bewegung auf der Straße. Bürgermeister Dornquast sichert eine Beobachtung zu.

l) Verkehrssicherungspflicht für einen Baum im Wohldweg

Herr Ramcke möchte weiter wissen, wer für den Baum Ecke Wohldweg / Schattreder verkehrssicherungspflichtig ist, weil dieser stark geschädigt zu sein scheint.

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass grundsätzlich der Eigentümer haftbar gemacht werden kann. Er erbittet ein entsprechendes Foto von diesem Baum und um eine Lagebestimmung, damit der Eigentümer entsprechend informiert bzw. die Gemeinde tätig werden kann.

m) Übergang Beckersbergstraße – Hirtenweg

Herr Ramcke problematisiert erneut die Aufpflasterung in der Beckerbergstraße am Fußweg zum Hirtenweg. Die Kinder wiegen sich in diesem Bereich stark in Sicherheit, obwohl es sich bei dieser Erhöhung der Straße nicht um einen Fußgängerweg handelt.

Bürgermeister Dornquast sichert erneut eine Überprüfung zu. Welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden können bzw. sinnvoll sind, ist noch unklar.

n) Öffnungszeiten Kompostierungsanlage

Frau Honerlah möchte wissen, ob sich die Öffnungszeiten der Kompostierungsanlage für die im Herbst stattfindende Strauchgutaktion bereits geändert haben.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass mit dem Betreiber ein entsprechendes Gespräch über die Änderung der Öffnungszeiten geführt wird.

o) „Grüne Welle“ in der Hamburger Straße

Weiter fragt Frau Honerlah nach, ob die Ampelschaltung in der Hamburger Straße bezüglich der „Grünen Welle“ überprüft wurde.

Bürgermeister Dornquast berichtet, dass die Ampelschaltung an der Kreuzung Maurepasstraße zur Lindenstraße verändert wurde. Hier bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse das Straßenbauamt aus dieser Veränderung zieht.



p) Geschwindigkeitsmessung in der Schulstraße

Frau Honerlah möchte weiter wissen, ob die Messung der Geschwindigkeiten in der Schulstraße beendet ist und welches Ergebnis ausgewertet wurde.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass die Messung beendet ist und der Umwelt- und Planungsausschuss von dem Ergebnis unterrichtet wird.

q) Stellungnahme zum Umweltreport - Einladung von Herrn Schäfer

Frau Honerlah greift auf den Rücktritt von Herrn Schäfer zurück und erinnert daran, dass sie darum gebeten hatte, Herrn Schäfer in eine Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses einzuladen, damit dieser zum Umweltreport Erläuterungen geben kann.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass Herr Schäfer gern zur nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses im März eingeladen werden kann, jedoch nicht mehr in seiner Funktion als Ortsbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege.

r) Henstedt-Ulzburg Marketing

Frau Honerlah fragt nach den Fortschritten des Henstedt-Ulzburg-Marketings bezüglich der Gestaltung des Marktplatzes.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass er am 08.02.2005 ein Gespräch mit dem Eigentümer führen wird und der Umwelt- und Planungsausschuss danach von den Vorstellungen unterrichtet wird.

s) Zufahrtsituation in der Gutenbergstraße

Bezüglich der Ein- und Ausfahrt von der Gutenbergstraße in den Gewerbepark Nord möchte Frau Honerlah wissen, wie weit die entsprechenden Bemühungen zur Änderung der Verkehrssituation fortgeschritten sind.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass über eine Links- (Richtung Gewerbegebiet) bzw. Rechtsabbiegespur (aus dem Gewerbegebiet hinaus) nachgedacht wird. Ein positives Signal des entsprechenden Grundstückseigentümers liegt hierzu vor. Gleichzeitig hat der Eigentümer des Penny-Marktes erklärt, dass deren Zufahrt verändert werden soll, und zwar hinsichtlich einer Verlegung der Zufahrt nach Westen.

Bezüglich dieses Einmündungsbereiches steuert und koordiniert die Verwaltung die entsprechenden Planung. Der Umwelt- und Planungsausschuss wird über die eventuell entstehenden Kosten informiert.

t) Buslinie und Ampel in der Kranichstraße

Frau Honerlah möchte weiter wissen, ob im Zuge der Erweiterung der Kranichstraße bis an die Hamburger Straße heran eine Verlegung der Buslinie bzw. eine Ampelschaltung geplant ist.



Bürgermeister Dornquast erläutert, dass der Bus von der Hamburger Straße in die Kranichstraße einfahren, an dem Stellwerk der AKN wenden und danach durch die Kranichstraße zurückfahren soll. Dieses ist aber abhängig davon, ob am Stellwerk eine entsprechende Wendemöglichkeit besteht.

u) Schulwegverbindung im Bebauungsplan Nr. 108 nach Henstedt-Rhen

Zur Problematik der Querungshilfe am Kiefernweg möchte Frau Honerlah wissen, ob ein Ergebnis bereits vorliegt.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die Stellungnahme des Kreises Segeberg noch nicht eingetroffen ist.

v) Planung eines Anbaus an die Zentrale Feuerwache

Des Weiteren hat Frau Honerlah Kenntnis von einem geplanten Anbau an die Feuerwache erhalten und fragt daher nach, wann der Vorschlag im Umwelt- und Planungsausschuss beraten werden wird.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, erklärt, dass der Antrag zunächst in den Fraktionen und dann im Feuerwehrausschuss beraten werden wird. Die entsprechenden Mittel hierfür sind im Investitionsplan erst für 2007 veranschlagt.

w) Baubeginn auf dem Grundstück Ecke Gartenstraße/Hamburger Straße

Herr Schulz möchte wissen, wann in der Gartenstraße/Ecke Hamburger Straße mit einer entsprechenden Bautätigkeit zu rechnen ist.

Bürgermeister Dornquast berichtet, dass nach entsprechender Aussage des Grundeigentümers im Jahre 2005 mit einem Baubeginn nicht mehr gerechnet werden kann.

Frau von Bressendorf weist darauf hin, dass sie davon Kenntnis hat, dass der Grundeigentümer zunächst die Ergebnisse des Henstedt-Ulzburg-Marketing bezüglich der Marktplatzgestaltung abwarten möchte.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Horst, wohnhaft im Schäferkampsweg 15, beklagt sich über die unangemeldeten Besuche der Mitarbeiter des Sielbetriebes und bittet darum, dass die Gemeindemitarbeiter sich hierzu entsprechend bei den Eigentümern anmelden und sich gegebenenfalls auch ausweisen können.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die Mitarbeiter der Gemeinde sich grundsätzlich anmelden und auch ausweisen können. Er wird jedoch noch einmal darauf hinweisen.



Anlage

gez. Rolf Schulz
(Ausschussvorsitzender)

gez. Antje Stüwer
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

**Kinder- und Jugendvertretung
der Gemeinde Henstedt-Ulzburg**

Gemeindeverwaltung Henstedt-Ulzburg
Rathausplatz 1, 24558 Henstedt-Ulzburg

Telefon: 04193 - 963 - 212

E-Mail: gemeinde@henstedt-ulzburg.de

Internet: www.kijupa-hu.de

An den
Vorsitzenden des Umwelt- und Planungsausschusses
Herrn Rolf Schulz

Antrag zur Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 07.02.2005 Sehr
geehrter Herr Schulz,

zur Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 07.02.2005 stellt die Kinder- und
Jugendvertretung folgenden Antrag:

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

die Einrichtung einer Notrufsäule bei der Neuanlage der Skaterbahn hinter der Schützengilde.

Begründung: Da die neue Skateranlage versteckt hinter der Schützengilde liegt und nicht
einsehbar ist, muss im Notfall gewährleistet sein, dass Hilfe angefordert werden kann. Die
Schützengilde hat keine durchgängigen Öffnungszeiten und kann somit auch nicht immer im
Notfall genutzt werden.

Vorstand der Kinder- und Jugendvertretung
gez. Jacek Kasperek

Kopien bitte an:
Bürgervorsteher Joachim Süme
Bürgermeister Volker Dornquast